

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 88 88 846-46 ppbn d

Inhalt

Horst Ehmke MdB weist
Angriffe der Opposition
auf die Tarifautonomie
zurück.

Seite 1/2

Heinz Westphal MdB
analysiert die finanz-
politischen Widersprüche
der CDU/CSU.

Seite 3/4

Klaus Thüsing MdB ruft
zur Solidarität mit der
persischen Opposition
auf.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 67

7. April 1976

Antigewerkschaftliche Töne mehren sich

Zu Äußerungen der CDU/CSU über die Tarifautonomie

Von Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In ihrer Haltung zur Tarifautonomie und zu den Gewerkschaften als den legitimen Organisationen der arbeitenden Menschen ist sich die CDU/CSU seit Jahrzehnten treu geblieben. In "Schönwetterzeiten" gibt es freundliche Worte für das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften und ihren maßvollen Umgang mit der Tarifautonomie. Wenn sich die Interessen stoßen und die Unternehmerseite für ihre Haltung kämpft, fällt der Mantel der Neutralität. Dann richten sich Kritik und Distanzierung in bisweilen geballter Konzentration gegen die Arbeitnehmervertretungen. Zu der Aufgabe der politischen Parteien, gerade in Zeiten eines angespannten sozialen Klimas für Ausgleich und Handlungsspielraum zu sorgen, hat die Union in den letzten Monaten dreimal ein ausdrückliches Nein dokumentiert.

- Obwohl die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU mehrheitlich dem Gesetz über die erweiterte Mitbestimmung im Bundestag zugestimmt und ausdrücklich erklärt hatte, dies Gesetz sei verfassungskonform, verweigert sie jetzt ihre Zustimmung dazu, daß der Bundestag dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beitrifft, um eine Ablehnung der Klage der Unternehmerseite zu erwirken. Die Haltung zu dieser Klage, die schon im Vorfeld die tarifpolitischen

Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden belastet hatte, markiert erneut die Strategie der von Strauß dirigierten Union: Verschärfung der Konflikte, damit der Boden für eine Verschiebung des gesellschaftlichen Kräftegleichgewichts auf Kosten der Gewerkschaften psychologisch bereitet wird.

- Vor Beginn der Betriebsrätewahlen drohte der Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU, Norbert Blüm, den Arbeitnehmern: Wenn sie nicht in ausreichender Zahl auch Vertreter CDU-naher Organisationen wählten und wenn nicht die gewählten Betriebsräte Funktionäre der CDU für die Betriebsratsarbeit freistellten, werde die Union eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Bundestag beantragen. So ist das also mit dem freien Wahlrecht der Arbeitnehmer. Wenn sie nicht so wollen wie die CDU/CSU, ist die innerbetriebliche Demokratie nur noch von minderem Wert.

- Vor diesem Hintergrund äußerte sich die CDU/CSU zu den laufenden Tarifausschließungen. Biedenkopf, beim Verfertigen neuer "Theorien" produktiv wie ein Pizzabäcker, stilisiert sich als Chefideologe von Unternehmensinteressen und Fackelträger von Ideen, die aus dem Arsenal einer Zeit stammen, als sozialstaatliche Demokratie noch nicht Verfassungsgrundsatz war: Die Forderungen der Gewerkschaften seien von Natur aus gegenwartsbezogen, während die Unternehmensverbände zukunftsorientiert dächten und handelten. Die Tarifautonomie sei in Gefahr, wenn die Gewerkschaften zu keiner Wende ihrer Tarifpolitik bereit seien. Da hört man den seligen Ludwig Erhard heraus: Der drohte mit gesetzgeberischen Schritten, wenn die Gewerkschaften sich nicht freiwillig formierten. Im übrigen stand Biedenkopf mit seiner Gewerkschaftsschelte nicht allein. Auch der als besonders sozial - im Unionsspektrum - geltende Norbert Blüm wertete die Forderungen der Gewerkschaften, die vielschichtigen Folgen des technischen Wandels gesellschaftspolitisch erträglich und fruchtbar zu machen, als den Beginn eines Rituals, das in sich laufe: Letztlich hätten die Gewerkschaften ihren Forderungsrahmen überzogen.

Zwar haben die Ereignisse diese Schwarzmalereien gründlich diskreditiert. Die Tarifautonomie hat sich einmal mehr bewährt. Aber die CDU/CSU hat sich gesellschaftspolitisch wieder einmal im antigewerkschaftlichen Sinne als anfällig erwiesen. So ist auch nicht auszuschließen, daß die überzogene Haltung der Arbeitgeberseite durch die Union politisch ermuntert worden ist.

Man kann die Tarifautonomie auch dadurch unterhöheln, daß man die eine Seite diffamiert und die andere Seite zu überscharfer Gangart ermutigt. Genau dies hat die Union getan. Es wäre gut, wenn wenigstens jetzt, nachdem sich gezeigt hat, daß die Tarifpartner auch schwierigste Fragen verhandeln und lösen können, die CDU/CSU von weiterer Scharfmacherei abließe. Denn noch stehen gewichtige Tarifrunden bevor.

(-/7.4.1978/hi/lo)

Wenn der Bundesfinanzminister Gaddum hieße...

Zu den jüngsten Erklärungen aus den Reihen der Opposition

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Man stelle sich einmal für einen kurzen Augenblick vor, Herr Gaddum, der Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, säße auf dem Stuhl des Bundesfinanzministers und trüge dessen Verantwortung für die Haushalts- und Steuerpolitik unserer Republik. Seine vor wenigen Tagen getroffene Feststellung, es gäbe "ein riesiges strukturelles Haushaltsdefizit, vor allem beim Bund" würde durchaus dem entsprechen, was ein Bundesfinanzminister über die gegenwärtige Finanzlage wohl oder übel zu sagen hat, denn - nur um ein Beispiel zu nennen - 31 Milliarden DM Neuverschuldung in diesem Jahr sind eine starke Belastung. Herr Gaddum müßte sich allerdings vorhalten lassen, daß er als Sprecher der Länderfinanzminister der Unions-geführten Länder 1977 kräftig daran mitgewirkt hat, dieses Haushaltsdefizit "vor allem beim Bund" so groß werden zu lassen, z.B. durch überzogene Länderforderungen bei der Umsatzsteuer-Neuverteilung, z.B. durch die über das vom Bund geplante Maß hinausgehenden Steuerentlastungen, für die er sich selbst heute noch rühmt, z.B. durch die Ablehnungshaltung seiner politischen Gruppe gegen die maßvolle Mehrwertsteuererhöhung.

Dieser gleiche Mann aber, der eine stärkere Lastenbeteiligung der Länder "natürlich" ablehnt, verlangt erneut Steuerentlastungen in großen Milliarden-Beträgen; in dem er die Positiv-Wirkungen der Steuerminderung für viele Millionen Lohnsteuerzahler ab Januar 1978 nicht einmal abwartet, sondern schon für dieses Jahr eine neue Gesetzgebung über die Tarifgestaltung fordert. Ob er dies auch als Bundesfinanzminister fordern würde, obwohl er selbst zu der Feststellung kommt, daß "das gesamte Steueraufkommen geringer zunehmen (wird) als in den öffentlichen Finanzplänen angenommen"?

Die Unverantwortlichkeit der Aussagen von Herrn Gaddum wird noch deutlicher, wenn er sich nicht etwa Gedanken zur Beseitigung des strukturellen Defizits des öffentlichen Haushalts macht, sondern seinen Gedankenflug darauf verwendet, dem Bundesfinanzminister

zu sagen, er solle eine Tarifreform "einzig und allein" durch Streichung von öffentlichen Ausgaben finanzieren. Sucht man einen Hinweis, welche Ausgaben denn gekürzt werden sollen, so findet man nur den pathetischen Satz "Die Bundesregierung muß endlich Abschied nehmen von der Philosophie, daß man mit den öffentlichen Ausgaben alles erreichen kann, angefangen von der Finanzierung utopischer Reformziele (welche eigentlich?) bis zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit". Im Klartext kann das wohl nur heißen: Streichung des 16-Milliarden-DM-Programms für Zukunftsinvestitionen (dem das Land Rheinland-Pfalz zugestimmt hat) und Streichung von Bundeszuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit. Man sieht: Es ist besser, sich Herrn Gaddum nicht auf dem Platz des Bundesfinanzministers vorzustellen!

Überall im Lande freut man sich, daß die angenommene Preissteigerung von 0,7 Prozent als Folge der Mehrwertsteuererhöhung nicht eingetreten ist, weil der Markt die Abwälzung der Last auf den Verbraucher nicht zuläßt. Der Ober-Marktwirtschaftler Gaddum aber klagt, daß die "beabsichtigte" (von wem eigentlich?) Überwälzung in die Preise nicht stattfindet und die Preissteigerungsrate sogar noch weiter gesunken ist - von 3,6 Prozent im Dezember 1977 auf drei Prozent im Februar 1978. - An anderer Stelle des gleichen Artikels spricht derselbe Mann von den Milliarden, die "die Inflation" dem Staat "Jahr für Jahr in die Kassen schwemmt". Dies Durcheinander hält man ja im Kopf nicht aus!

Gegenüber dieser, der finanzpolitischen Logik entbehrenden Darlegung von Herrn Gaddum gilt es, klaren Kurs zu halten und sich übrigens auch nicht von Einzeläußerungen "beim Mittagessen", die - mehr Schlecht als Recht - aus dem Wirtschaftsministerium gekommen sein sollen, irritieren zu lassen:

Die Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Unternehmer können ihre Auswirkungen auf Verbrauch und Investitionen noch nicht direkt nach ihrem Inkrafttreten (am 1. Januar 1978) gezeigt haben. Erst der weitere Jahresverlauf wird darüber Auskunft geben.

Das Programm Zukunftsinvestitionen befindet sich im Vollzug und bewirkt Verbesserungen unserer wirtschaftlichen Infrastruktur.

Immer wieder erneuertes Reden über nicht beabsichtigte neue Schritte der Steuer- oder Konjunkturpolitik bewirkt nur Attentismus und hemmt mögliche, notwendige Investitionen.

Das gesteckte Ziel, ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 3,5 Prozent auf der Grundlage der bereits beschlossenen finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erreichen und dessen offen im Jahreswirtschaftsbericht ausgesprochenen, von außen und innen kommenden Gefährdungen abzuwehren, muß die Leitlinie der Regierungspolitik bleiben.

(-/7.4.1978/ks/lo)

Iranische Opposition braucht unsere Unterstützung

Schah-Regime wird jeden Funken von Freiheitsstreben zu ersticken versuchen

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe

Während die Presse in unseren Nachbarländern ausführlich und differenziert über die jüngsten Ereignisse im Iran berichtet, laufen bei uns die Informationen nur spärlich ein. Es ist sicher auch kein Zufall, daß die meisten Meldungen zudem widersprüchlich sind.

Über die Ursachen und Hintergründe der seit Wochen anhaltenden Unruhen im Reich des mächtigen Reza Pahlawi erfährt der bundesrepublikanische Zeitungsleser nur die vom Regime selbst verbreitete Version: Ein übles Bündnis aus "Marxisten" und islamischer Reaktion will den Fortschritt des Landes aufhalten und die Errungenschaften, die der Schah dem Volk beschert hat, rückgängig machen. Doch selbst die kaiserliche Nachrichtenagentur PARS muß berichten, daß sich der Zorn der demonstrierenden Massen hauptsächlich gegen Banken und Büros der iranischen Einheitspartei "Rastakhiz" richtet.

Dabei wäre es gerade für die Bevölkerung der Bundesrepublik wichtig, genauer über den Iran informiert zu werden. Schließlich handelt es sich um ein Land, mit dem wir auf vielen Gebieten, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, eng liiert sind. Dann allerdings müßte man zunächst einmal das Bild vom wohlwollenden orientalischen Potentaten - in unserer Regenbogenpresse, aber auch sonstwo so liebevoll gepflegt - zerstören. Es müßte über die Fülle von sozialen Widersprüchen dieses Entwicklungslandes am Persischen Golf berichtet werden, das sein Rieseneinkommen aus dem Erdöl kaum dazu genutzt hat, die wichtigsten Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Hunger, hohe Kindersterblichkeit und Analphabetentum, gehören zum Alltag des größten Teils der Iraner. Dem stehen Reichtum und Luxus der Familie des Schah und einer kleinen Oberschicht gegenüber. Der allgegenwärtige Geheimdienst SAVAK sorgt mit Folter, Mord und Terror dafür, daß die bestehende Ordnung nicht angetastet wird.

Doch die Opposition im Lande gegen das Regime rührt sich. Während sie bis vor einigen Monaten noch lediglich aus dem Untergrund agierte, bekennen sich zunehmend Schriftsteller, Juristen, aber auch religiöse Führer zu ihrem Widerstand gegen den Schah. Teilweise unter großem persönlichem Risiko sind sie in den vergangenen Monaten mit Petitionen an die Öffentlichkeit getreten, um so ihren Forderungen nach Demokratisierung Ausdruck zu verleihen. Ihr Protest wirkte für die Unzufriedenen, die zu Tausenden auf die Straßen gingen, wie das Zündholz, das man in einen Scheiterhaufen wirft. Gleichzeitig traten in den berüchtigten Kerkern die politischen Gefangenen zu hunderten in den Hungerstreik.

Die iranische Opposition braucht unsere materielle und moralische Unterstützung. Denn das bis an die Zähne bewaffnete Regime wird alle Mittel einsetzen, um jeden Funken von Freiheitsstreben zu ersticken. Als Sozialdemokraten wissen wir, was es heißt, unter solchen Bedingungen zu überleben. (-/7.4.1978/ks/lo)